

SPD demokratischer pressediens

E/XXVI/47

10. März 1971

Zwischenbilanz März 1971

Die Position der Bundestagsparteien

Von Helmut Schmitz MdB
Stellv. SPD-Vorsitzender und Bundesvertei-
digungminister

Seite 1 und 2 / 70 Zeilen

Finanzhilfe für die deutschen Autoren

Notwendige Korrekturen der kulturpolitischen
Landschaft

Von Georg Kahn-Ackermann, SPD-MdB
Stellv. Mitglied des Bundestagsausschusses
für Bildung und Wissenschaft und Mitglied
des Bundestagsfinanzausschusses

Seite 3 und 4 / 86 Zeilen

Vorbeugen ist besser als heilen

Gesundheitsbericht der Bundesregierung weist
neue Wege

Von Dr. med. Ferdinand Schmidt-Krefeld SPD-MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für
Jugend/Familie/Gesundheit

Seite 5 und 6 / 76 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10
Postfach: 9153
Presshaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telefax: 888 848/888 847/
888 848 PPF D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 7 88 11

Zwischenbilanz März 1971

Die Position der Bundestagsparteien

Von Helmut Schmidt MdB

Stellv. SPD-Vorsitzender und Bundesverteidigungsminister

Der Ablauf der letzten parlamentarischen Wochen in Bonn, die Debatte über die Lage der Nation, eine wirtschaftspolitische Bestandsaufnahme, die Diskussion um Mitbestimmung und Betriebsverfassungsgesetz, schließlich die Marathon-Haushaltsdebatte und der CDU-Parteitag in Düsseldorf lassen eine politische Zwischenbilanz zu.

Der Wunschtraum der CDU/CSU, die Regierung stürzen zu können, ist in Düsseldorf durch den Generalbuchhalter der CDU, Heck, parteioffiziell ad acta gelegt worden. Die Delegierten haben erkannt, daß sie sich mit ihren personellen Entscheidungen Zeit lassen können. Das Karussell der Kanzlerkandidaten dreht sich infolgedessen weiter, Kohl und Köppler, Barzel und Schröder, Stoltenberg und auch noch Kiesinger, und jetzt sogar Dregger, das Sprachrohr des CDU-Wirtschaftsrates, und der Kandidatenmacher aus Bayern stehen abwechselnd im Lichte der Scheinwerfer und versuchen, sich gegenseitig den Rang des Staatsmanns abzulaufen.

Eine Opposition soll im Bundestag nicht nur mäkeln und polemisieren; sie muß, wenn sie ihre im Grundgesetz angelegte Rolle wirklich spielen will, ihre Kritik mit alternativen politischen Konzepten fundieren. Doch davon sind CDU und CSU noch weit entfernt; Alternativen gibt es weder in der Außen- und Verteidigungspolitik noch in der Verkehrs- und Agrarpolitik - auf allen diesen Feldern viel Lärm, aber keine konstruktiven Vorschläge. Auf einem Felde allerdings gab es Konkretisierung: Wenn wir uns aber die CDU-Vorschläge zur Mitbestimmung ansehen, so handelt es sich eindeutig um eine Konkretisierung des Rückschritts. Der "Arbeitnehmerflügel" ist abgemeiert.

Die FDP erweist sich durch den Verlust ihrer Mendes und Zogimänner als gestärkt. Sie zeigt im Bundestag eine ihr früher nicht mögliche politische Geschlossenheit, die der politischen Selbstdisziplin der sozialdemokratischen Abgeordneten fast gleich-

kommt.

Natürlich fällt uns diese Geschlossenheit unserer eigenen Fraktion auch nicht einfach in den Schoß, sie wird vielmehr sauer erarbeitet. Auch die Partei darf sich nicht von der Sicherheit des Fortbestehens der sozialliberalen Koalition einschläfern lassen. Auch in der Partei müssen wir noch besser als bisher lernen, nach der Auseinandersetzung Kompromisse zu schließen. Es gibt Mitglieder in unserer Partei - bisweilen hängt das auch mit dem Lebensalter zusammen -, die meinen, jemand der Kompromisse schließt, der verleugne unsere gemeinsamen Grundsätze. Ich möchte dazu in Erinnerung rufen, daß die Kompromiß-Feindlichkeit, in der die Deutschen seit Wilhelm II. erzogen worden sind, einer der Hauptgründe für den Zusammenbruch der ersten deutschen Demokratie war. Wer nicht zum Kompromiß nach außen fähig und willens ist, der taugt nicht zum Frieden. Wer den Kompromiß im Inneren ablehnt, der taugt nicht zur Demokratie.

Das gilt auch für die Auseinandersetzungen in einzelnen Organisationsteilen der Partei. Die Erklärung von Hans-Jochen Vogel wird für viele ein Anlaß zum Nachdenken sein. Das Präsidium hat dem Münchner Oberbürgermeister persönliches und politisches Vertrauen ausgesprochen. Wir wollen keine Zweifel darüber entstehen lassen, daß unsere Partei fest auf dem Boden des Godesberger Programms steht, daß sie die Kraft zur Verteidigung dieser Position hat, und daß sie sich überall klar und eindeutig gegenüber Anarchisten, Leninisten, Trotz-kisten und linken Schwärmern abgrenzen will und kann.

Wir wollen wie bisher jeden aufnehmen, der unsere Grundsätze bejaht. Mit jedermann, der auf diesem Boden steht, wollen wir innerhalb unserer Partei ringen. Wer dagegen nur zum Schein so tut, als komme er aus Gesinnungsüberzeugung zu uns, wer in Wahrheit unsere Partei auf andere Ziele umfunktionieren will, wer mit einer Strategie des doppelten Bodens die SPD benutzen will, um die politischen Ziele kleiner Minderheitsgruppen zu fördern, der soll sich eine andere Partei suchen.

Der Weg von Bebel und Lasalle über Ebert und Legien, Schumacher und Böckler, über Reuter, Brauer, Kayser und Brandt wird nicht zurück in die Minderheitsposition eigenbrötlerischer sozialistischer Sekten führen. Er wird und muß eine immer breitere Straße zur Mehrheit werden, die nur in Ausübung des freien Wahlrechts möglich wird. Wer aber die Mehrheit will, muß die Wähler überzeugen - er darf sie nicht enttäuschen.

(-/ee/10.3.1971/ks)

Finanzhilfe für die deutschen Autoren

Notwendige Korrekturen der kulturpolitischen Landschaft

Von Georg Kahn-Ackermann SPD-MdB

Stellv. Mitglied des Bundestagsausschusses für Bildung und
Wissenschaft und Mitglied des Bundestagsfinanzausschusses

Mit der am 12. März stattfindenden öffentlichen Anhörung einer Reihe von Institutionen und Organisationen durch den Bundestagsausschuß für Bildung und Wissenschaft zur geplanten Änderung des Urheberrechts findet der zweite Akt einer bedeutsamen kulturpolitischen Initiative der Regierungs- und der Oppositionsfraktionen im Bonner Parlament statt, von der man nur hoffen kann, daß sie zu einem guten Ende kommt. Worum geht es im wesentlichen? Schon bei der Urheberrechtsreform des Jahres 1965 war erwogen worden, ähnlich wie in Skandinavien, öffentliche und Werksbibliotheken bei Buchausleihen zugunsten der Autoren abgabepflichtig zu machen. Der Plan ist damals an den verschiedensten Widerständen gescheitert noch bevor er konkrete Gestalt angenommen hatte. Inzwischen aber hat die sich rapide verschlechternde materielle Lage der deutschen Schriftsteller die Parteien im Bundestag bewegen, Anträge einzubringen, die vorsehen, daß künftig die Buchausleihe an allen öffentlichen Bibliotheken und Büchereien abgabepflichtig wird. Dabei besteht die stillschweigende Übereinkunft, daß mindestens die Hälfte der Erträge dieser Abgabe benutzt werden soll, um eine Altersversorgung für Autoren aufzubauen.

Leider besteht eine gewisse Gefahr, daß über die unterschiedlichen Auffassungen über die Zweckmäßigkeit der Einführung einer derartigen Bibliotheksabgabe, wie sie in Skandinavien seit geraumer Zeit praktiziert und in Frankreich und England gegenwärtig erwogen wird, die eigentliche ursächliche Malaise hinter dieser geplanten Maßnahme für die Öffentlichkeit nicht ausreichend verdeutlicht wird. Die bittere Wahrheit ist, daß die meisten deutschen Schriftsteller, von einer winzigen Zahl von Bestsellerautoren abgesehen, von ihren Büchern nicht mehr leben, ja nicht einmal vegetieren können. Oft finden sie sogar für ihre Bücher keine Verleger mehr, denn immer mehr wird das Verlegen von sogenannter schöngeistiger Literatur, von Lyrik ganz zu schweigen, ein wirtschaftliches Risiko, das durch andere Verlagsobjekte mitfinanziert wird. Was in dieser Sparte außerhalb von Taschenbuch - oder anderen billigen Reihen erscheint - die dem Autor materiell nichts bringen! -, kommt in der Regel über die ein Zuschußgeschäft bedeutende Auflage von 1.500 Exemplaren nicht hinaus. Die Situation in der Bundesrepublik wird gegenwärtig noch durch einen zunehmenden Rationalisierungstrend im Buchhandel verschärft, der seine Aktivitäten deutlich auf ein gegenüber früher eingeschränktes Sortiment "gängiger" Titel verlegt.

Die Zahl der literarischen Verlage ist zudem einem beklemmenden Schrumpfungsprozeß unterworfen, der anhält und auch

gegenwärtig größte und renomierteste Verlage nicht verschont. Fazit: Das intellektuelle und kulturelle Leben des drittgrößten Industriestaates der Welt ist von dieser Seite her einem Auszehungsprozeß unterworfen, der zwangsläufig bei hässlichen Mangelerscheinungen in unserem geistigen und auch politischen Leben enden muß. Es ist bezeichnend für die Sterilität unseres Kulturföderalismus, das die eigentlich zuständigen Länder dieses Problem weder rechtzeitig erkannt noch etwas zu seiner Behebung unternommen haben, obwohl seit langem darüber geredet und geschrieben wird.

Nun gibt es Leute, die sagen, Funk und Fernsehen böten den Autoren sowohl als Plattform ihres geistigen Schaffens als auch materiell einen Ausgleich. Beide Behauptungen sind falsch. Funk und Fernsehen können zwar manches tun, aber nicht die Funktion von Verlegern und Verlagen übernehmen und Autoren die Zeit finanzieren, die sie brauchen, um ein Buch zu schreiben.

In dieser Situation ist es geradezu eine Pflicht des Staates, wenigstens dort den Autoren zu helfen, wo er das kann. Zum Beispiel bei Institutionen, die - so unendlich wichtig ihre Aufgabe auch ist -, eine einkommenschmälernde Wirkung für die Autoren haben: die Bibliotheken. Damit wird zugleich der in der Urheberrechtsreform von 1965 begonnene Trend einer Gleichstellung des bisher benachteiligten geistigen mit dem materiellen Eigentum weitergeführt.

Die unmittelbar Betroffenen, die Bibliotheken und Büchereien, sind natürlich gegen eine derartige Lösung und führen an, daß sie undurchführbar oder technisch zu aufwendig sei, was aber beides nicht stimmt. Sie befürchten zudem, daß die Länder, die - und nur das ist sinnvoll und von der Verwaltung her rationell - pauschal für die Ausleihen aufkommen sollen, die Etats der Bibliotheken und Büchereien um die Summe dieser Pauschalen kürzen werden. Es handelt sich, wenn man, wie angestrebt, je Buchausleihe einen Betrag von zehn Pfennigen ansetzt, einschließlich der Ausleihen in den ausschließlichen Bibliotheken um einen Jahresbetrag von gegenwärtig etwa 16 Millionen DM für das ganze Bundesgebiet. Das reicht insgesamt für den Aufbau einer Autorenaltersversorgung, für eine teilweise Linderung der in diese Versicherung nicht mehr einbeziehbarer Altenlast und für die Errichtung eines Fonds zur individuellen Verteilung. Für diese wird die Grundlage durch Hochrechnung der in etwa 150 Repräsentativbibliotheken und Büchereien von der "Verwertungsgesellschaft WORT" ermittelten Ausleihvorgängen beschafft werden können. Kosten werden dafür Bibliotheken und Büchereien nicht anfallen. Einzelne Länder lassen in gewissen Bibliotheksbereichen übrigens schon heute solche statistischen Ermittlungen durchführen.

In diesem Bereich gibt es weder technisch unlösbare noch unangemessen hohe Kosten verursachende Probleme - freilich unter der einzigen Voraussetzung, daß nämlich die Länder im Bewußtsein ihrer verfassungsmässigen Verantwortung in dieser bedeutungsvollen kulturpolitischen Aufgabe ihre Bereitschaft zur pauschalen Abgeltung der jeweils in ihrem Land anfallenden Bibliotheksabgaben bekunden. Der Augenblick, dies zu tun, ist jetzt gekommen, wo die Beratungen zur Urheberrechtsnovelle in ein entscheidendes Stadium treten.

(-/ex/10.3.1971/bgy)

Vorbeugen ist besser als heilen

Gesundheitsbericht der Bundesregierung weist neue Wege

Von Dr. med. Ferdinand Schmidt-Krefeld SPD-MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Jugend/Familie/Gesundheit

Die Schwerpunkte des Gesundheitsberichts der Bundesregierung, der alle Gebiete der Gesundheitspolitik behandelt, liegen bei der Gesundheitsvorsorge, dem Gesundheitsschutz und der Wiederherstellung der Gesundheit. Sie berücksichtigen damit auch den veränderten Stellenwert der Erkrankungen seit dem Wandel von der Agrar- zur Industriegesellschaft bzw. von Erkrankungen infektiösen Charakters zu den Verschleiß- bzw. Zivilisationskrankheiten. Standen damals die Tuberkulose, Lungenentzündung und Typhus im Vordergrund, so sind es jetzt Herz-Kreislaufkrankungen, Tumore sowie rheumatische und degenerative Erkrankungen, die die Frühinvalidität bzw. Mortalität oder Morbidität bestimmen. Der arbeitende Mensch hat erkannt, daß Vorsorgeuntersuchungen und präventiv-medizinische Maßnahmen seine Leistungsfähigkeit und Gesundheit halten können, und er macht davon Gebrauch.

So tritt neben die rein kurative Medizin die Präventivmedizin. Nach dem Grundsatz "Vorbeugen ist besser als heilen und für jedermann billiger" treten die Maßnahmen schon im Säuglingsalter in Aktion. Die Mütterberatung, die Schuluntersuchungen und die Untersuchungen nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz sind der Weg, auf dem sich jetzt ab 1. Juli 1971 Kinder- und Erwachsenenuntersuchungen hinzugesellen. Der jugendliche Organismus ist noch wandelbar und viele organische und geistig-seelische Fehler sowie Deformierungen am Stamm und den Extremitäten sind also heilbar bzw. korrigierbar.

Der Gesundheitsbericht schildert weiter den Stand in den Heilberufen. Die Gesamtzahl der Ärzte - bis 1971 sind es 97.000 bis 105.000 - würde eine gute Arztdichte von 1:630 oder 600 ermöglichen, wären sie nicht regional unterschiedlich verteilt und viele im vorgerückten Alter. Ist diese Versorgung in den Städten noch gut, so mangelt sie auf dem Lande bzw. in Randgebieten. Während die Zahl der freipraktizierenden Ärzte sich in den letzten zehn Jahren verringerte, wächst die Zahl der Krankenhausärzte erheblich. Auch die Ärzte in den 499 Gesundheitsämtern sind überaltert und es fehlt der Nachwuchs, obwohl das Aufgabengebiet laufend zunimmt. Die Unterbesetzung schwankt von 22 bis 63 vH.

Der Mangel an Schwestern und Pflegern ist ebenfalls erheblich, trotz der zahlenmäßigen Zunahme. Da materielle Gründe

nicht ausschlaggebend sein dürften, wird man sich über den Ausbildungsgang Gedanken machen müssen. Zurzeit steht ein neues Gesetz über medizinisch-technische Assistenten im zuständigen Bundestags-Ausschuß zur Beratung.

Interessant und für eine Planung wichtig sind die finanziellen Zusammenhänge. Hierbei handelt es sich nur um Schätzwerte, weil es keine exakten Berechnungen gibt. Für 1966 wurden zur Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit, für Forschung und Ausbildung im Gesundheitsbereich und für Krankheitsfolgen 48,5 Milliarden DM ausgegeben. Der Produktionsausfall betrug 20 Milliarden DM, so daß die Gesamtkosten fast 70 Milliarden DM ausmachten. Die Folgekosten mit etwa 36 Milliarden wären dann größer als die Kosten für die Gesundheit mit rund 33 Milliarden. Vorbeugung und betreuende Maßnahmen beliefen sich auf nur 4,5 Milliarden DM und die Behandlung auf 25,8 Milliarden DM. Diese Gesamtrechnung zeigt, wie wichtig alle Bemühungen um die Besserung des Gesundheitszustandes sind.

Der Gesundheitsbericht befaßt sich noch sehr eingehend mit Fragen der Krankenhausplanung und ihrer Finanzierung, mit lebensmittelrechtlichen Bestimmungen und mit der Rauschmittelgesetzgebung. Diese Probleme kommen noch durch gesonderte Gesetzesentwürfe in die Diskussion. Dasselbe gilt für Fragen des Arzneimittel- und Lebensmittelrechts, sofern hier das Problem der tierischen Wirkstoffe angesprochen wird.

Der Gesundheitsbericht schließt mit einer futurologischen Studie, die andere westliche Industriestaaten und auch Ostblockländer schon länger erarbeiten. Der Bericht bezieht sich dabei auf Veröffentlichungen der USA und England. Er kündigt in den kommenden 30 Jahren Fortschritte in der Krebsbekämpfung, bei Organverpflanzungen und künstlichen Herzen an. Er verkündet u.a. die Medizin-Automatation in den Praxen und Krankenhäusern, das Beherrschen des Herzinfarktes und eine weitere Steigerung der Lebenserwartung. Außerdem eine Umstellung der Ernährung auf Eiweißstoffe mit Fischfarmen und Algenärten im Meer. Der Bericht sagt schließlich aber auch, daß in Zukunft ein größerer Teil des Sozialproduktes für die Gesundheit ausgegeben werden muß. (-/ex/10.3.1971/ks)